
Die EU will den CO₂-Ausstoß von Autos auf null senken

Die EU-Kommission hat heute ihre Pläne zur Bekämpfung des Klimawandels vorgestellt. Demnach soll der durchschnittliche CO₂-Ausstoß aller Fahrzeuge eines Herstellers bis 2030 von derzeit 95 Gramm je Kilometer um 55 Prozent runtergehen. Ab 2035 soll die Null davor stehen. Parallel dazu soll es auf konventionellen Kraftstoff einen CO₂-Preisaufschlag geben.

Branchenverbände wie der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe sehen in den Maßnahmen „das Ende des Verbrennungsmotors“ innerhalb der nächsten 15 Jahre. Möglich wäre allerdings noch klimaneutraler synthetischer Kraftstoff. Allein in Deutschland seien zurzeit rund 46,5 Millionen Pkw mit Benzin- oder Dieselmotoren im Bestand, das entspricht rund 94 Prozent aller Pkw, rechnet ZDK-Präsident Jürgen Karpinski vor. In den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union seien es sogar 99,5 Prozent der rund 249 Millionen Pkw. „Auch die Autofahrerinnen und Autofahrer brauchen eine verlässliche Perspektive, dass auf absehbare Zeit Ersatz für fossile Treibstoffe verfügbar ist. Hier ist die Politik gefordert, die alternativen Kraftstoffe genauso zu fördern wie die Elektromobilität.“

Schärfere Töne schlägt der Verband der Automobilindustrie an. Die Automobilindustrie unterstütze das Ziel der EU-Kommission, Europa als ersten Kontinent der Welt bis spätestens 2050 klimaneutral zu machen, sagte VDA-Präsidentin Hildegard Müller. Das Ziel sei richtig, der Weg aber falsch. Bei den Vorgaben zur Minderung der CO₂-Emissionen von Fahrzeugen bleibe unberücksichtigt, dass wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Transformation mit den vorgeschlagenen Instrumenten nicht geschaffen werden könne.

„Mit dem für 2035 vorgesehenen Flottengrenzwert von null Gramm schlägt die EU-Kommission faktisch ein Verbot von Verbrennungsmotoren vor – das gilt auch für Hybride und für leichte Nutzfahrzeuge. Das ist innovationsfeindlich und das Gegenteil von technologieoffen. Die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher wird unnötig eingeschränkt. Die dadurch geforderte Beschleunigung der Transformation ist vor allem für viele Zulieferer kaum zu schaffen. Die Auswirkungen für die Arbeitsplätze in diesem Bereich werden erheblich sein. Es fehlt an einer Abwägung, die alle Aspekte der ökonomischen und sozialen Auswirkungen einbezieht“, beklagt Müller.

Auch Unternehmen werfen der Politik eine Abkehr von Technologieoffenheit vor. „Das Vorschreiben einer Technologie widerspricht den freien Märkten und gefährdet Wertschöpfung und Arbeitsplätze“, kommentierte zum Beispiel Mahle-Chef Michael Frick die Pläne. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Sitz der EU-Kommission in Brüssel.

Foto:
